



# HESSISCHER LANDTAG

06. 12. 2022

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE Einbürgerungen erleichtern und beschleunigen – auch in Hessen!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag begrüßt den Vorstoß auf Bundesebene, das Staatsangehörigkeitsgesetz zu ändern und Einbürgerungen zu erleichtern.
2. Die Hürden bei der Einbürgerung müssen dringend gesenkt werden. Notwendig ist dabei, dass Einbürgerungen unabhängig von Einkommen und dem sozialen Status erfolgen sowie eine deutliche Absenkung der Gebühren erfolgt.
3. Die angekündigten Erleichterungen müssen in Hessen zeitnah umgesetzt werden und von einer öffentlichkeitswirksamen Einbürgerungskampagne begleitet werden.
4. Gleichzeitig ist es zwingend erforderlich, die Einbürgerungsbehörden so auszustatten, dass einbürgerungswillige Menschen in der Regel auch innerhalb von drei Monaten eingebürgert werden können.
5. Äußerungen, wonach der deutsche Pass nicht zur „Ramschware“ werden dürfe, sind völlig unangebracht und zu verurteilen.
6. Der Hessische Landtag lehnt die Argumentation ab, Einbürgerungserleichterung würde illegale Zuwanderung fördern.

### **Begründung:**

Hessen ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Über eine Million Menschen, also rund jede sechste Person in Hessen besitzt eine ausländische Staatsangehörigkeit. Zugleich ist die Einbürgerungsquote in Deutschland im europäischen Vergleich viel zu niedrig. Ursache hierfür sind unter anderem die zu hohen Hürden bei der Einbürgerung.

Zudem ist die personelle Ausstattung der Einbürgerungsbehörden in Hessen ungenügend. Beim Regierungspräsidium Darmstadt, als größter Einbürgerungsbehörde Deutschlands, kommt es seit Jahren zu enormen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen, besonders von Nicht-EU-Staatsangehörigen. Aktuell beträgt alleine die Wartezeit bis zum Beginn der Bearbeitung zwölf Monate. Trotz dieses seit Jahren bekannten Missstandes ist im vorliegenden Haushaltsentwurf für die Jahre 2023-24 lediglich eine minimale Personalaufstockung in der zuständigen Abteilung geplant. Solche Verzögerungen sind nicht hinnehmbar, da sie ein Demokratiedefizit bedeuten. Menschen, die seit Jahren hier leben, wird die Möglichkeit der politischen Mitbestimmung in Form des Wahlrechts verwehrt.

Wir brauchen dringend ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, das den Realitäten des Einwanderungslandes Deutschland entspricht und allen hier lebenden Menschen gleiche Partizipation ermöglicht sowie gut ausgestattete Einwanderungsbehörden, sodass Anträge von allen einbürgerungswilligen zügig bearbeitet werden können.

Wiesbaden, 6. Dezember 2022

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Elisabeth Kula**